

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft

Jürgen Kocka

Eine stille Zivilgesellschaft entsteht

Was kann man dem Markt überlassen? Worum soll sich die Zivilgesellschaft kümmern? Was muss Aufgabe des Staates sein und bleiben? Dies sind zentrale Fragen der derzeitigen Programmdiskussion bei SPD und CDU. Sie werden auch in anderen Ländern heiß diskutiert, kaum aber auf gesamteuropäischer Ebene, vielleicht weil es an gesamteuropäischer Öffentlichkeit fehlt. Aber eben

dies wünscht man sich für die EU. Denn über die erstrebenswerte Verteilung der Aufgaben zwischen Markt, Zivilgesellschaft und Staat eine gewisse Verständigung zwischen den Mitgliedsländern zu erreichen, wäre eine wichtige Voraussetzung für die weitere politische Integration Europas. Vielleicht nimmt sich die deutsche EU-Ratspräsidentschaft dieser ideen- und diskurspolitischen Aufgabe an?

Es gibt seit langem einen europäischen Markt, und es gibt Ansätze zu einem europäischen Staatenverbund. Aber gibt es eine europäische Zivilgesellschaft? Mit »Zivilgesellschaft« sind vielfältige kollektive, selbst gesteuerte, nicht-gewalttätige Aktivitäten und Organisationen im sozialen Raum zwischen Staat, Markt und Privatsphäre gemeint. Gemeint sind Vereine, Initiativen, Netzwerke, Bewegungen, auch Verbände und Nicht-Regierungsorganisationen (NGO), die oft von sehr partikularen Interessen ausgehen, sich aber zugleich um allgemeinere Dinge kümmern, sich auf diese beziehen und sie mitzugestalten versuchen. Zwar überschritten einige zivilgesellschaftliche Initiativen früh die nationalstaatlichen Grenzen. Man denke z.B. an die Anti-Sklaverei-Bewegung, die Arbeiter-Internationale, die Friedens- und die Anti-Alkohol-Bewegungen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Aber meistens gedeiht die Zivilgesellschaft in den Gemeinden, den Regionen oder jedenfalls im nationalkulturellen Rahmen. Entsteht dennoch eine europäische Zivilgesellschaft?

Vertreter der Brüsseler Institutionen scheinen dies anzunehmen. In ihren Dokumenten zur *Governance* in Europa, zu den Rahmenprogrammen der Europäischen Forschungsförderung, auch in den Debatten über den Verfassungsvertrag wird in den letzten Jahren des öfteren auf eine europäische Zivilgesellschaft Bezug genommen. Auch der Historiker Hartmut Kaelble sieht eine europäische Zivilge-

sellschaft entstehen und unterscheidet dabei drei Perioden.

Zuerst, in den 50er und frühen 60er Jahren, florierten Initiativen und soziale Bewegungen, in denen sich Jugendliche, Intellektuelle und andere Bürger/innen darum bemühten, die Konsequenzen aus Faschismus, Krieg und Zusammenbruch zu ziehen und für die Integration Europas einzutreten. Mit der EWG entstanden überdies Interessenorganisationen mit grenzüberschreitender Reichweite, beispielsweise Ausschüsse von Landwirten oder Föderationen von gewerblichen Arbeitgebern der Mitgliedsländer. Daneben bestanden traditionelle transnationale Organisationen weiter, so die Kirchen, das ROTE KREUZ, die LIONS und ROTARY CLUBS oder (relativ neu) AMNESTY INTERNATIONAL.

In einer zweiten Phase von den späten 60er Jahren bis in die 80er Jahre verdichtete und erweiterte sich die EWG. In ihrem Rahmen kam es zur rapiden Vermehrung, Diversifikation und Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen. Zu nennen sind z.B. europäische Gewerkschaften, Kulturorganisationen, Sportförderungen, Städtebünde und -partnerschaften, europäische Organisationen von Universitätspräsidenten, Politikwissenschaftlern und anderen Berufen. Der Wunsch, die politischen Prozesse in Brüssel zu beeinflussen, trieb diese Bewegung an. Die Zunahme der grenzüberschreitenden Mobilität von Experten, Touristen und anderen Europäern erleichterte sie.

Schließlich sahen die anderthalb Jahrzehnte nach dem Ende des West-Ost-Konflikts neue, intensiviertere Schübe der europäischen Integration: zum einen im Zuge der Vertiefung und Kompetenzerweiterung von der EWG zur EU, zum anderen im Verlauf ihrer Ausdehnung und Erweiterung. Die EU-Binnenkommunikation schwoll kräftig an, man denke an die Wirkungen von Computer und Internet, an den Weg-

fall der meisten Passkontrollen und an den Ausbau der europäischen IC-Verbindungen. Die Zahl der grenzüberschreitenden zivilen Organisationen wuchs, auch auf Gebieten wie Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung und Umweltpolitik. Als die EU-Kommission ihr erstes *Social Policy Forum* 1996 veranstaltete, meldeten sich ca. 2.000 Organisationen und Initiativen an. Zwischen 1995 und 2000 nahm die Zahl der Nicht-Regierungsorganisationen, die in Brüssel registriert waren und dort ein Büro unterhielten, von 2.200 auf 3.500 zu. Selbst auf den Straßen legten die grenzüberschreitenden, Öffentlichkeit suchenden Protestbewegungen zu: Der europaweite Massenprotest gegen den amerikanisch-britischen Einmarsch in den Irak im Frühjahr 2003 ist als (vergbllicher) Höhepunkt im Gedächtnis geblieben, hinter dem die nicht seltenen grenzüberschreitenden Demonstrationen gegen Massenentlassungen international agierender Konzerne oder gegen als »neoliberal« geltende Wirtschaftsreformen in Brüssel deutlich zurückbleiben. Immerhin gibt es sie auch, mit steigender Tendenz.

Zwar ist es verfrüht, von der Existenz einer europäischen Zivilgesellschaft als einem demokratienahen ›Unterfutter‹ der EU zu sprechen. Dazu sind die öffentlichkeitsbezogenen Initiativen noch zu fragmentiert durch nationalstaatliche Grenzen; und Öffentlichkeit gehört zum Begriff der Zivilgesellschaft. Die auffälligsten grenzüberschreitenden Bewegungen mit Öffentlichkeitsbezug sind zudem – wie AMNESTY INTERNATIONAL, GREENPEACE oder ATTAC – global und nicht spezifisch europäisch. Die spezifisch europäischen Manifestationen von Zivilgesellschaft fallen dagegen durch eine gewisse Distanz zur Öffentlichkeit auf. Viele der mit Sitz in Brüssel arbeitenden NGOs wurden von Brüsseler Behörden angeregt. Diese sind ihre Hauptadressaten, mehr als das Europäische Parlament. Entsprechend professionell und spezialisiert arbeiten diese

NGOs, mit viel schriftlicher Kommunikation und Expertise, für oft sehr partikuläre Interessen, ein insgesamt effektives, aber relativ stilles, öffentlichkeitsscheues System – weit weg vom mobilisierenden, partizipationsoffenen und auch spontanen Diskurs, der zur Zivilgesellschaft im Vollsinn gehört.

Trotzdem sollte man diese Trends in Richtung einer europäischen Zivilgesellschaft nicht unterschätzen. Die europäische Integration ist über die Jahrzehnte vor allem »von oben« vorangetrieben worden, unter der Regie sich vereinbarender nationalstaatlicher Regierungen, ein Projekt der Eliten. Darunter leidet auch die gegenwärtige EU. Daraus resultieren ihr vieldiskutiertes Demokratiedefizit, ihre zu geringe Verankerung in der Lebenswelt der Europäer, ihre mangelnde Legitimation. Die transnationalen Ansätze zu einer europäischen Zivilgesellschaft füllen diese Lücke nur zum Teil. Sie verstärken die grenzüberschreitende Verflechtung von Interessen, Erfahrungen und sozialen Praktiken. Sie führen der gesellschaftlich wenig verankerten EU gesellschaftliche Energien zu. Sie stellen Diskurs- und Kooperationsräume unterhalb der staatlichen Ebene bereit. Vor allem zur europaweiten Verflechtung von Expertenkulturen tragen sie bei. Auf der Ebene zwischen den Institutionen des Staatenverbundes einerseits und der Basis, den Wahlvölkern andererseits beweisen sie, dass Europa mehr ist als nur eine Konstruktion von Planern und Machern, dass es etwas wie ein europäisches Leben gibt – wenn auch mehr in den Büros, Seminaren und geschlossenen Versammlungen als auf den Straßen und in den Massenmedien. Das lässt sich weiter entwickeln.



Jürgen Kocka (*1941)
ist Professor für Neuere Geschichte
an der FU Berlin und Präsident
des Wissenschaftszentrums Berlin
für Sozialforschung (WZB).
kocka@wz-berlin.de